

NATIONEN EUROPA

Die polarisierte
Solidargemeinschaft



**20. KARLSRUHER
GESPRÄCHE**
19.–21. FEBRUAR 2016

EU in tausend Teilen

BLICK IN DIE ZUKUNFT: Gesamtbild Europas zusammenpuzzeln

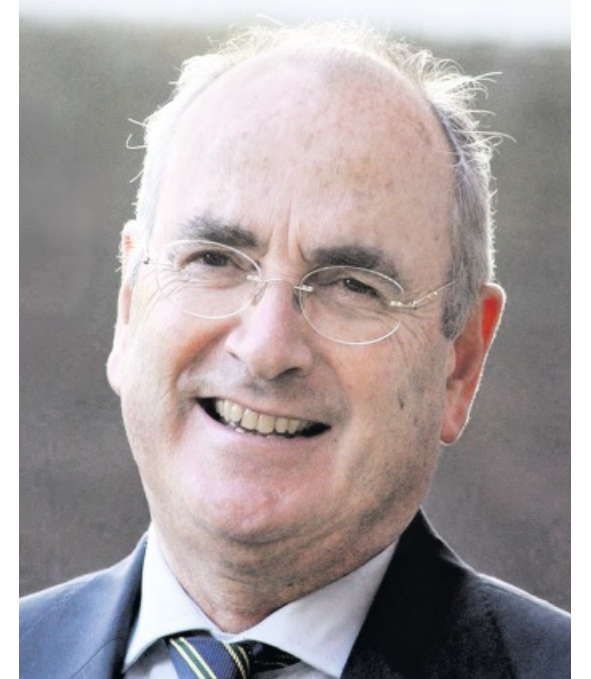
Ist Europa ein zerschlagenes Puzzle, bei dem einige Puzzleteilchen ganz abhandengekommen sind? Oder ist das Gesamtbild EU nur etwas abgebröckelt und lässt sich durch einige Puzzleteilchen zurecht flicken? Die Erfolgsgeschichte der europäischen Integration gerät in den letzten Jahren zunehmend ins Schleudern: Euro-Krise,

Griechenlandkrise, Flüchtlingskrise – mit jeder dieser Krisen scheint die Gemeinschaft in sich widersprechende Positionen zu geraten. Der innere Druck wächst, und damit auch die Herausforderungen.

Die 20. Karlsruher Gespräche wollen vom 19. bis 21. Februar Europa auf dessen Stärken und Schwächen hin untersuchen und stellen damit auch zum Jubiläum ein hochaktuelles Thema in den Mittelpunkt. Unter dem Titel „NationEUropa: Die polarisierte Solidargemeinschaft“ treffen in Karlsruhe Wissenschaftler, Kulturschaffende, Journalisten und interessierte Bürger zusammen, um nach dem Zustand und der Zukunft Europas zu fragen. „Die Karlsruher Gespräche sollen durch Anregung und Intensivierung des gesellschaftlichen Dialogs und durch den Austausch tradierte Denkweisen infrage stellen und die Suche nach neuen Wegen fördern“, sagt Prof. Caroline Y. Robertson-von Trotha, wissenschaftliche Leiterin der dreitägigen Veranstaltung. Angesichts des diesjährigen Themas heißt dies, durchaus kontroverse Antworten zu suchen auf Fragen wie etwa: Wie sieht

eine sich als europäisch verstehende Gesellschaft aus? Welche Werte halten die EU zusammen und welche Vorstellungen haben sich als wenig wirkungsvoll erwiesen? Müssen wir uns Gedanken machen, wenn in Polen die europäischen Fahnen abgehängt werden und Großbritannien über einen Brexit debattiert und abstimmt? Was sind Grunddilemmata der europäischen Integration? Und warum gelingt keine einheitliche europäische Flüchtlingspolitik?

Am Eröffnungsabend am 19. Februar, erstmals im Wolfgang-Rihm-Forum der Staatlichen Hochschule für Musik Karlsruhe, spricht um 19.30 Uhr der britische Politikwissenschaftler Prof. Anthony Glee über Deutschlands Stellung und Ambitionen innerhalb der EU. Beim Symposium am 20. Februar um 9.30 Uhr in der IHK fragt der renommierte Sozialphilosoph Prof. Oskar Negt, ob die Europäische Einheit in Gefahr sei. Darüber hinaus thematisieren weitere Rednerinnen und Redner sowohl die Lage in einzelnen Staaten, wie Ungarn, Spanien, Portugal und der Türkei, als auch populistische und extremistische Tendenzen innerhalb der EU. Der Autor



Prof. Anthony Glee, britischer Politikwissenschaftler
Foto: privat

Dr. Asiem El Difraoui spricht über islamistische Propaganda und der Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, Frank Richter, über die Pegida-Bewegung. Am 21. Februar um 11 Uhr greift die Matinee der Karlsruher Gespräche die Flüchtlingskrise auf und hinterfragt Sicherheit und Solidarität der EU.

Die Vorträge, Diskussionen und Kulturveranstaltungen richten sich an alle Interessierten. Der Eintritt ist frei. Für den Eröffnungsabend, die Lesung und den Talk im Theater ist eine Anmeldung erforderlich. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.zak.kit.edu. ZAK



Im Gegensatz zu anderen nach innen gerichteten, altmodischen Bewegungen verteidigen z. B. die Katalanen ein offeneres Verständnis von Staatsbürgerschaft und demonstrieren ein klares Bekenntnis zu den Grundprinzipien der Europäischen Union.

Jordi Solé i Ferrando wurde im Januar 2016 zum stellvertretenden Minister der katalanischen Regierung für auswärtige Angelegenheiten und die EU ernannt.

Wege zur Einheit

SPARDA-BANK: Soziales Engagement im Fokus

Soziales und kulturelles Engagement steht bei der Sparda-Bank Baden-Württemberg seit jeher im Fokus – so auch die Unterstützung der Karlsruher Gespräche, wie Martin Hettich, Vorstandsvorsitzender der Sparda-Bank Baden-Württemberg, im Interview erläutert.

■ **Seit 2005 unterstützt die Sozialstiftung der Sparda-Bank Baden-Württemberg die Karlsruher Gespräche. Wie beurteilen Sie die Zusammenarbeit und warum fördern Sie diesen öffentlichen Kongress?**

Die Karlsruher Gespräche greifen jährlich ein aktuelles gesellschaftlich-politisches Thema auf, und dies in vielfältiger Art und Weise – sei es aus künstlerischer Perspektive oder in Form von Vorträgen und Diskussionen. Ein Forum zu bieten für die große Öffentlichkeit mit internationalen Referenten, bedarf einer Weitsicht und hohen organisatorischen Leistung. Solche Veranstaltungen müssen gefördert werden, weil sie einen Diskurs ermöglichen, an dem das Publikum aktiv teilnehmen kann. Die Karlsruher Gespräche sind Information und Inspiration für alle Besucher. Sie beleben den gesellschaftlichen

Dialog sowie den Austausch zwischen Wissenschaft, Politik, Wirtschaft, Kultur und Medien.

■ **Im Mittelpunkt der diesjährigen Karlsruher Gespräche steht die Europäische Union. Wo steht Ihrer Meinung nach die EU und was erhoffen Sie sich vom Symposium zu diesem Thema?**

Die EU bewegen derzeit sehr viele Themen. Sie scheint jedoch ein Kernelement ganz langsam aus den Augen zu verlieren, nämlich den Einheitsgedanken. Krisen wie die Finanzkrise, die Flüchtlingskrise und die Griechenlandkrise – scheinen die innere Stabilität der EU schwer zu beeinträchtigen. Den Mitgliedsstaaten fällt es zunehmend schwerer, die Lasten gemeinsam zu schultern. Spannend sind für mich bei den Karlsruher Gesprächen daher die Fragen, wie die Fachleute die Zukunft Europas sehen und ob wir es schaffen, ein Selbstverständnis für ein einheitliches Europa zu entwickeln.

■ **Die Sparda-Bank unterstützt ja das soziale und kulturelle Leben in sehr vielfältiger Art und Weise. Werden Sie sich denn weiterhin in der Fächerstadt engagieren?**

Soziales und kulturelles Engagement betrachten wir immer als ein langfristiges Investment. Nach dem Highlight KA300 im vergangenen Jahr werden wir uns auch weiterhin aktiv in Karlsruhe engagieren. Neben „Das Fest“ unterstützen wir 2016 die Kinderturnstiftung Baden-Württemberg bei der Errichtung der Kinderturnwelt im Zoologischen Stadtgarten. Nach dem Vorbild der Wilhelma Stuttgart können Kinder an Lernstationen Tierbewegungen nachahmen und gleichzeitig etwas über die jeweiligen Tiere lernen. Auf dieses Projekt freuen wir uns sehr, da uns die Bewegungsförderung von Kindern ein großes Anliegen ist.



Bei den gravierenden Differenzen zwischen den einzelnen Regionen erscheint jede Erweiterung der EU rein utopisch. Vielmehr geht es um den Zusammenhalt des Vorhandenen.

György Dalos studierte an der Universität Moskau mit dem Schwerpunkt ‚Deutsche Geschichte‘. Sein schriftstellerisches Werk wurde u.a. 2010 mit dem Leipziger Buchpreis für Europäische Verständigung ausgezeichnet.



Martin Hettich, Vorstandsvorsitzender der Sparda-Bank Baden-Württemberg Foto: pr

Impressum

20. Karlsruher Gespräche

Eine Anzeigenonderveröffentlichung der Badischen Neuesten Nachrichten vom 12. Februar 2016.

Redaktion: Franzi Pasternack, Tobias Roth, Anna Moosmüller und Marco Ianniello

Anzeigenleitung:

Ulf Spannagel

Titel: Sahar Aharoni



Jüngst erschienen ist zum Thema der 17. Karlsruher Gespräche „Die Zwischengesellschaft. Aufbrüche zwischen Tradition und Moderne?“ Band 10 in der Nomos-Reihe „Kulturwissenschaft interdisziplinär“.
Foto: ZAK/Grünschloß

Wissenschaft trifft Gesellschaft

KARLSRUHER GESPRÄCHE: Vom Konzept der Vortragsreihe bis zum Dialog

Schon der Name weist darauf hin: nicht nur Sinn und Zweck der Veranstaltungsreihe, auch ihre Anfänge liegen im Gespräch. Gegen Mitte der 1980er-Jahre fanden einige Professoren und eine Doktorandin sowie wissenschaftliche Mitarbeiter der damaligen Universität Karlsruhe (TH) zusammen, um über den Tellerrand ihrer eigenen Fakultäten hinauszudenken. Die Initiative jener kleinen Gruppe führte schließlich 1989 zur Gründung des Interfakultativen Instituts für Angewandte Kulturwissenschaft (IAK). Eine entsprechende Einrichtung hatte es in der deutschen Universitätslandschaft bis dahin nicht gegeben.

Am IAK wurde ein Verständnis von Wissenschaft entwickelt, das prinzipiell auf dem Dialog basiert – allerdings nicht allein zwischen den Experten unterschiedlicher Fächer. Das Wissenschaftssystem sollte ein Teil der Gesellschaft sein und mit dieser in ein Wechselspiel eintreten. Erstmals fand die unkonventionelle Tagung 1997 zum Thema „Stadt-Ansichten“ statt. Sie wurde geleitet von Prof. Dr. Hermann Glaser,



„Die Karlsruher Gespräche bleiben das, was sie geworden sind, nämlich eine aktuelle, hochinteressante, qualitativ hochstehende

Veranstaltung, die den Bürgern wichtige Impulse gibt im Umgang mit Themen, mit Problemen einer Welt, die sich im Wandel befindet.“

Senator E.h. Dr. h.c. Thomas Renner (ehemaliger Vorstandsvorsitzender Sparda-Bank Baden-Württemberg eG) bei den 17. Karlsruher Gesprächen

EINE EUROPÄISCHE FAMILIENGESCHICHTE



Aris Fioretos liest aus „Der letzte Grieche“

Der Sohn eines Bauern aus Griechenland reist in den 1960er-Jahren nach Schweden. Er hat Pläne, er will studieren. Doch dann ändert sich alles, denn er verliebt sich in ein Kindermädchen. Aris Fioretos erzählt in seinem Roman „Der letzte Grieche“ eine Familiengeschichte über Migration, Erinnerungen und Fremdsein. Und er weiß, wovon er schreibt. Schließlich ist er selbst ein kosmopolitischer Europä-

er und ein Kind der Emigrationsgeschichte des 20. Jahrhunderts. Griechischer Vater, österreichische Mutter, Geburtsland Schweden – Fioretos' Lebenslauf ist ein Garant für eine Auseinandersetzung mit dem Thema „Nationale Identität“. Im Rahmen der 20. Karlsruher Gespräche liest Fioretos am 21. Februar, 15 Uhr, im STUDIO des Badischen Staatstheaters aus seinem Auswanderer-Epos. Der Eintritt ist frei, Anmeldung erforderlich: www.zak.kit.edu.

der die von der L-Bank geförderte Stiftungsprofessur am IAK innehatte. Der Kulturhistoriker hatte 1965 bereits die Nürnberger Gespräche ins Leben geru-



„Das KIT ist stolz darauf, dass wir mit dem ZAK in unserem technisch naturwissenschaftlich geprägten Institut über eine Einrichtung verfügen, die sowohl die Mitglieder des KIT als auch die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Karlsruhe und in der Region aufruft, motiviert und wachrüttelt und den Rahmen gibt, reflektierend in einen Diskurs über aktuelle gesellschaftliche Fragen einzutreten.“

Dr. Elke Luise Barnstedt (Vizepräsidentin des KIT für Personal und Recht) bei den 17. Karlsruher Gesprächen

Dr. Ulrich Breuer (Vizepräsident des KIT für Wirtschaft und Finanzen) bei den 18. Karlsruher Gesprächen



„Der Bereich des interkulturellen Lernens: ein immer wichtiger werdender Bestandteil des Angebots am KIT. Die Karlsruher

Gespräche sind ein wichtiger, prominenter Baustein dabei.“

Dr. Ulrich Breuer (Vizepräsident des KIT für Wirtschaft und Finanzen) bei den 18. Karlsruher Gesprächen

lerische Elemente erweitert. Ziel war es, die Öffentlichkeit aktiv in die Diskussionen miteinzubeziehen. Seit 2001 ist Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha für die Leitung allein verantwortlich. Das IAK wurde zum ZAK | Zentrum für Angewandte Kulturwissenschaft und Studium Generale. Die lange Liste international renommierter Gäste und die Themenwahl zeugen vom Erfolg der Vortragsreihe und der Tragfähigkeit ihres Konzepts im 21. Jahrhundert. Das zeigt sich auch an der Aktualität der Themen.

Seit zwei Jahrzehnten werden nunmehr jeden Februar Experten und Kulturschaffende, Zeitzeugen und Aktivisten aus der ganzen Welt untereinander und mit der Karlsruher Bevölkerung ins „Gespräch“ gebracht. Mitgetragen wird dies von einem Netzwerk an Kooperationspartnern mit der Stiftung der Sparda-Bank Baden-Württemberg, der Stadt Karlsruhe, dem ZKM, ARTE und dem Badischen Staatstheater. ZAK



„Es ist sehr wichtig, dass Wissenschaft und Gesellschaft immer wieder miteinander ins Gespräch kommen. Die Karlsruher

Gespräche bieten ein Forum, in dem unterschiedlichste Themen aus vielen Perspektiven diskutiert werden können. Und das ist gerade für eine Einrichtung wie das Karlsruher Institut für Technologie von entscheidender Bedeutung.“

Prof. Dr. Alexander Wanner (Vizepräsident des KIT für Lehre und Akademische Angelegenheiten) bei den 19. Karlsruher Gesprächen
Fotos: KIT



Im Gespräch (v. l.): Prof. Dr. Jude Howell, Prof. Dr. Roland Robertson und Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha. Foto: ZAK/Grünschloß



Populisten, Nabelschau und Endstation Europa

In Kooperation mit ARTE und dem Filmtheater Schauburg Karlsruhe präsentiert das ZAK am Samstag, 20. Februar, die traditionelle Filmnacht. Ab 19 Uhr zeigen Dokumentar- und Spielfilme aktuelle Entwicklungen der europäischen Gemeinschaft und thematisieren etwa die EU-Skepsis, Radikalisierung und die Suche nach der Mitte Europas. Den Abend beschließt der Film „Die Farbe des Ozeans“ über Migration und die Frage nach Humanität und Moral. Der Eintritt ist frei.

Wer steht auf der Gästeliste?

TECHNIKEN DES DIALOGS: 20 Jahre Karlsruher Gespräche – eine Stippvisite

Im Kongresssaal der IHK herrscht absolute Stille: Taslima Akhter lässt von der Leinwand ihre Fotografien für sich sprechen. An diesem Morgen war bekanntgeworden, dass ihre Reportage über den Einsturz einer Textilfabrik in Bangladesch mit dem Lead Award in Gold für die Fotografie des Jahres ausgezeichnet wurde. Ihre Bilder zeigen die Arbeitsverhältnisse der

Näherinnen, die Opfer in den Gebäudetrümmern und die Reaktionen der Angehörigen auf die Tragödie. Die Zuschauer sind sichtlich beeindruckt, was wohl nicht nur an den dramatischen Szenen liegt, sondern auch an dem Umstand, dass sie aus erster Hand präsentiert werden.

Viele zieht es genau aus diesem Grund zu den Karlsruher Gesprä-

chen: um Einblicke in soziale Realitäten zu gewinnen, die durch die Medien zwar bekannt sind, doch über den Bildschirm und die Zeitungen alleine nur unzureichend vermittelt und reflektiert werden können – Alltagsrealitäten sowohl fernab unseres Kulturkreises als auch direkt vor der eigenen Haustür. Viele werden sich noch gut an die Tagung zum Thema „Rechtsextremismus in Europa“ von 2009 erinnern – ein Jahr vor Viktor Orbáns Amtsantritt, zwei Jahre vor den Schlagzeilen zum NSU-Terror, und fünf Jahre vor den Aufmärschen von Pegida und Kargida.

Aufgeklärtheit. 2011 stritten Daniel Domscheit-Berg und Andrew Keen über Chancen und Gefahren von Google-Kulturen. Während Keen die Banalität des Netzes hervorhob, sprach Domscheit-Berg über die Erregungenschaft der Transparenz.

Bei aller Ernsthaftigkeit kann die Auseinandersetzung auch durchaus unterhaltsam sein, wie 2014 ein Wortgefecht um Sinn und Unsinn von Statistiken belegte. Die Kontrahenten waren der kanadische Autor und Präsident von PEN International Dr. John Ralston Saul und der Wirtschaftsweiser Prof. Dr. Lars P. Feld.

Ebenso vielseitig wie die Protagonisten der Karlsruher Gespräche ist auch das Publikum, welches das Symposium anspricht. Jeder Interessierte ist bei der Veranstaltungsreihe gleichermaßen willkommen. Alle Informationen zu den vergangenen Karlsruher Gesprächen finden sich im Online-Archiv auf www.zak.kit.edu. Viele Vorträge und Diskussionsrunden gibt es im Übrigen auch im ZAK-YouTube-Kanal unter www.youtube.com/ZAKVideoclips. ZAK

Spannungsreiche Konstellationen

„Menschen, die etwas riskieren, ein Forum zu eröffnen – wie bei Taslima Akhter (2014), dem ägyptischen Dokumentarfilmer Karim El-Shenawy (2013) oder besonders aufschlussreich bei Roberto Scarpinato (2010), leitender Oberstaatsanwalt der Anti-Mafia-Direktion in Palermo – das ist das Ziel der Karlsruher Gespräche“, so Prof. Caroline Y. Robertson-von Trotha. Es wird stets darauf geachtet, dass gegenteiligen Auffassungen entsprechend Raum gegeben wird. Methodisch bedeutet dies, „Kulturtechniken des Dialogs“ zu entwickeln und zu gewährleisten, um weder auf dem rechten, noch auf dem linken Auge zu erblinden.

Dies führt naturgemäß zu spannungsreichen Konstellationen: Im Jahr 2008 verdeutlichten die Autorinnen Necla Kelek und Serap Çileli, dass die Unterdrückung der muslimischen Frauen mehrere Gesichter hat. Eines tarnte sich gerne mit der akademischen Maske der Toleranz und



Die Verödung und Zersiedelung hat Folgen für die post-ökonomische Situation in Europa, die sich derzeit akut demokratieschwächend auswirkt.

Dr. Ulrike Guérot ist Gründerin und Direktorin des European Democracy Lab (EDL) an der European School of Governance (eusg), Berlin.





Im Hinblick auf die katastrophalen Folgen des Zweiten Weltkriegs bemühten sich einige Nationalstaaten, in einem institutionalisierten Europa zusammenzufinden. Aber wer gehört eigentlich zu Europa? Wo liegen seine Grenzen? Lässt es sich über seine Gesellschaftsordnungen verstehen oder auf einer Landkarte erfassen? Oder ist es doch eher ein gemeinsamer Traum, den derzeit viele nicht miträumen wollen? Mit den Karlsruher Gesprächen soll den Bürgern eine Standortbestimmung ermöglicht und eine Aussichtsplattform geboten werden. Regelmäßig werden die Gebilde Stadt und Staat fokussiert und die Bedingungen eines Zusammenlebens diskutiert: von den „Stadt-Ansichten“ (1997) über „Konflikt – Trauma – Neubeginn“ (2002) und die „Organisierte Kriminalität“ (2010) bis hin zu den „Global DemocraCITIES“ (2015).

Tiefe Wurzeln

Diese Leitthemen wurden in den Jahren 2007 und 2008 zu einem Doppelsymposium mit der Überschrift „Mein Europa – Dein Europa“ gebündelt bei dem Versuch, unseren Kontinent in einem globalen Kontext zu verorten. Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha sprach von Europa als einem „Sozialraum“. Wenn diese Schutzsphäre gewahrt werden soll, seien die Grenzen richtig

zu ziehen: nicht zwischen Arabern, Afrikanern und Europäern, sondern mithilfe der Menschenrechte als Schutz vor Willkür- und Gewaltherrschaft. Die amerikanische Philosophin Susan Neiman ermutigte die Europäer, auf der Weltbühne offensiver ihre Ideale der Aufklärung und der Toleranz einzufordern. Insbesondere die Kulturschaffenden erinnerten mit künstlerischen Projekten daran, wie tief die Wurzeln europäischer Werte in die Geschichte zurückreichen, und wie sehr sie mit denen anderer Kulturen verflochten sind.

Dass Griechenland als die Wiege Europas gilt, ist bekannt. Ebenso reicht die Tradition des Symposiums bis zur griechischen Antike zurück. Platons Dialog Symposium beschreibt ein „Gastmahl“, einen geselligen Freundeskreis, der sich über die großen Lebensfragen um das Gute, Schöne und Wahre austauscht. Daran knüpfen die Karlsruher Gespräche immer wieder an. Eindrücklich formulierte es Prof. Dr. Alfred Grosser 2005 in seiner Festrede: „Die europäische Gemeinschaft bildet

ein Gebiet, in dem jeder von den Verbrechen der anderen sprechen darf und von seinen eigenen sprechen soll.“ 2014 stellte der ehemalige Bundesverfassungsrichter Prof. Dr. Dr. Udo Di Fabio seine Idealvorstellung einer föderalen Weltrepublik vor und sprach von „segmentierten Demokratien, die immer stärker miteinander kooperieren und die sich auf allgemeine Regeln verständigen“ sollten.

Hier wird der Perspektivenwechsel zum Prinzip erhoben. Über dem Doppelsymposium von 2007 und 2008 stand das Motto „Innen- und Außenansichten von Nicht-Europäern“. Da-

mals fragte sich Veye Wirngo Tatab aus Kamerun: „Mein Weg nach Europa: Wann komme ich an?“. Die Gründerin von Africa Positive e.V. lebte zu diesem Zeitpunkt über 15 Jahre in Deutschland. „Einigen wir uns darauf, dass wir uns nicht einig sind“ – so löste Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha als Moderatorin manchen Disput auf. Gehören doch Meinungsfreiheit und kritisches (Selbst-)Bewusstsein zu unserem kulturellen Erbe, das es zu pflegen gilt. Gerade nach den jüngsten Terroranschlägen geht es darum, sich darüber zu verständigen, wie das Europa auszu- sehen hat, in dem wir leben wollen.



We are in a battle of wills, a battle of self-confidence and values.

Hatem Atallah ist Executive Director der Anna Lindh Foundation. Er war

Botschafter Tunesiens und arbeitete von 2014 bis 2015 als diplomatischer Berater des tunesischen Regierungschefs.

ÖFFENTLICHE WISSENSCHAFT

Die Programmatik, auf der die Karlsruher Gespräche aufbauen

Universitäten sind Werkstätten der Zukunft, indem sie neues Grundlagen- und Anwendungswissen erforschen. Ziel des ZAK | Zentrum für Angewandte Kulturwissenschaft und Studium Generale am KIT ist es, die Öffentlichkeit an der Diskussion über neue Erkenntnisse und mögliche sich daraus ergebende Folgen zu beteiligen und das notwendige kritische Wissen zu vermitteln. Die Direktorin des ZAK, Prof. Dr. Caroline Y. Robert-

son-von Trotha, sieht deshalb Teilhabe und Austausch als Leitbegriffe der „Öffentlichen Wissenschaft“. Die Wissenschaftsdisziplinen sollen durchlässiger und kooperativer werden – für einander und für die Bürger. Ein Flaggschiff der Öffentlichen Wissenschaft stellen die Karlsruher Gespräche dar: Forscher treffen auf interessierte Öffentlichkeit, Experten auf Zeitzeugen, Kunstschaffende auf Konsumenten, Praktiker auf Theoretiker. Sie alle diskutieren über bisherige Denkweisen auf der Suche nach neuen Wegen und Erkenntnissen.



Text: ZAK; Foto: Paulista / Fotolia.com

WANDERUNGEN

GLÜCK | LEID | FREMDHEIT



8. – 24.4.2016

EKT:2016
EUROPÄISCHE KULTURTAGE KARLSRUHE

BADISCHES
STAATS
THEATER

Stadt Karlsruhe
Kulturamt

K
KULTUR
IN
KARLSRUHE

PROGRAMM

Freitag, 19. Februar

Eröffnung der 20. Karlsruher Gespräche

Hochschule für Musik Karlsruhe,
Wolfgang-Rihm-Forum, Am Schloss Gottesau 7

GRUSSWORTE | 19.30 Uhr

- **Martin Hettich**, Vorstandsvorsitzender der Sparda-Bank Baden-Württemberg eG
- **Dr. Frank Mentrup**, Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe
- **Dr. Ulrich Breuer**, Vizepräsident des KIT für Wirtschaft und Finanzen

EINFÜHRUNG

- **Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha**, Direktorin des ZAK | Zentrum für Angewandte Kulturwissenschaft und Studium Generale, KIT

FESTVORTRAG

- **Herausforderung Europa: Deutschlands EU-Ambitionen**
Prof. Dr. Anthony Glees (Großbritannien), Professor für Politikwissenschaft und Direktor des Centre for Security and Intelligence Studies, Universität von Buckingham

Samstag, 20. Februar

Symposium der 20. Karlsruher Gespräche

Saal Baden der Industrie- und Handelskammer
Karlsruhe, Lammstraße 13–17

BEGRÜSSUNG | 9.30 Uhr

- **Wolfgang Grenke**, Präsident der Industrie- und Handelskammer Karlsruhe
- **Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha**, Direktorin des ZAK | Zentrum für Angewandte Kulturwissenschaft und Studium Generale, KIT

ERÖFFNUNGSVORTRÄGE

- **EURexit: Ist die Europäische Einheit in Gefahr?** Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Oskar Negt (Deutschland), Professor em. für Soziologie, Leibniz Universität Hannover
- **Partizipatorische Demokratie in der EU: Eine Herausforderung für Multilevelgovernance** Prof. Dr. Johannes W. Pichler (Österreich), Professor em. für Europäische Rechtsentwicklung, Universität Graz; Direktor des Österreichischen Instituts für Europäische Rechtspolitik, Wien
- **Europas Krisen: Grexit, Brexit und Co.** Dr. Haig Simonian (Großbritannien, Schweiz), Journalist, Zürich
- **Was hält Mitteleuropa zusammen? Neue Herausforderungen aus Polen** Prof. Dr. Ireneusz Paweł Karolewski (Polen/Deutschland), Professor für Politikwissenschaft am Willy Brandt Zentrum für Deutschland- und Europastudien, Universität Wrocław (Breslau)
- **Ungarn und die Demokratie: Noch ein Abschied von Europa?** György Dalos (Ungarn), Schriftsteller und Historiker

SYMPOSIUMSVORTRÄGE | 13.15 Uhr

- **Europa der Regionen: Wie die Regionen in Europa gestärkt werden können** Dr. Ulrike Guérot (Deutschland), Politikwissenschaftlerin, Gründerin und Direktorin des European Democracy Lab, Berlin
- **Katalonien: Unabhängigkeit innerhalb der Europäischen Union** Jordi Solé i Ferrando (Katalonien/Spanien), Generalsekretär der EFA (Europäische Freie Allianz) und ehem. katalonisches Parlamentsmitglied
- **Portugal: Wege und Fehlwege aus der Krise** Elisa Ferreira (Portugal), Mitglied des Europäischen Parlaments

„Wir brauchen mehr Europa und nicht weniger“

FRANK MENTRUP: Karlsruhe ist eine europäische Stadt

Europas offene Grenzen haben maßgeblich zur Entwicklung Karlsruhes beigetragen, sagt Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup. Im Gespräch mit Tobias Roth blickt Mentrup auf die aktuelle politische Entwicklung und die Herausforderungen der Flüchtlingskrise.

■ **Herr Mentrup, können Sie sich vorstellen, dass die EU auseinanderbricht?**

Mentrup: Nein, das will und kann ich mir nicht vorstellen. Dafür sind allein die rechtlichen Verflechtungen auch schon viel zu tiefgreifend. Aber wir erleben im Moment, dass die Mitgliedsländer politisch auseinanderdriften und so die EU emotional auseinanderfällt. Und das halte ich für sehr gefährlich. Es ist jetzt enorm wichtig, die historische und aktuelle Bedeutung von Europa deutlich zu machen. Die europäische Idee darf keinesfalls scheitern.

■ **In vielen Ländern erstarben Parteien, die EU-feindlich sind. Wie soll man mit denen umgehen?**

Dies ist Anlass großer Sorge. Aber nicht, weil es Parteien gibt, die Europa kritisch sehen, sondern weil derzeit in vielen Ländern Europas in populistischer Weise und ohne Alternativkonzepte am europäischen Haus inklusive des demokratischen Wertesystems dumm-dreist gezündelt wird. So ist ja auch in Deutschland eine Partei mal als europa- und euro-kritisch gestartet und gefällt sich jetzt als eiskalte völkische Tabubrecherin an unseren europäischen und demokratischen Werten.

■ **Ist die Flüchtlingskrise Europas größte Bewährungsprobe?**

Die Flüchtlingskrise ist zunächst einmal kein rein europäisches Problem, sondern letztlich eine weltweite Entwicklung, auf die auch Europa reagieren muss. Die Politik der nationalen Abschottung, die wir in den vergangenen Jahren auf dem Rücken von Italien oder Griechenland praktiziert haben, lässt sich nicht mehr durchhalten. Die eigentliche Krise sind aktuell daher nicht die Flüchtlinge, sondern die Tatsache, dass es nicht mehr zu einer in Europa abgestimmten Vorgehensweise kommt und sich einige Länder der Solidargemeinschaft entziehen.

■ **Was müsste die EU in der Flüchtlingspolitik denn besser machen?**

Grundsätzlich sind kluge Ratschläge immer leicht erteilt, kluge Lösungen aber deutlich schwieriger zu finden. Meiner Meinung nach wird zurzeit wieder ausschließlich über Grenzsicherung und Abschottung diskutiert und weniger darüber, wie wir die Situation für die Menschen in den Herkunftsländern wirklich verbessern. In Afrika werden in den nächsten zwei Jahrzehnten 900 Millionen Menschen das berufsfähige Alter erreichen. Die

werden wir sicherlich nicht mit Zäunen davon abhalten können, nach Europa zu kommen, wenn sie in ihren Ländern keine Perspektive haben. Und zu dieser Situation haben wir über Weltwirtschaft und Freihandel unseren Anteil beigetragen – bislang allein zu unserem Nutzen.

■ **Mit dem Euro und dem Schengen-Raum ist Europa vor allem ein Wirtschaftsraum geworden. Muss die EU jetzt auch eine politische Union werden?**

Das bisherige Defizit an politischer und sozialer Union wird gerade in solchen Krisen immer mehr als deutlich. Wir bräuchten gerade jetzt mehr Europa und nicht weniger. Mittelfristig führt kein Weg daran vorbei, dass es zumindest eine starke europäische Außenpolitik geben muss. Wir brauchen langfristig in einigen Bereichen so etwas wie eine europäische Regierung.

■ **Kann die EU-Kommission diese Rolle nicht erfüllen?**

Die EU-Kommission ist in ihrer Struktur und ihrer Rolle keine Regierung. Doch bevor wir jetzt über eine europäische Regierung diskutieren, bedarf es erst einmal der Anstrengung der derzeitigen Staats- und Regierungschefs, in der Migrationsfrage wieder den gemeinsamen europäischen Weg zu finden und so Vertrauen für Europa zurückzugewinnen. Sie müssen gemeinsam bekennen, dass sie den europäischen Weg weiter gehen möchten und beweisen, dass sie sich untereinander auch in schwierigen Fragen abstimmen können.

■ **Welche Bedeutung hat Europa für Karlsruhe und die Region?**

Karlsruhe ist eine europäische Stadt, der es historisch immer dann gut gegangen ist, wenn es Europa gut gegangen ist und wenn die Grenze nach Frankreich für Menschen, Güter und Ideen offen war. Die Stadt und die Region sind europäisch und international geprägt, in der Wirtschaft, im Sozialen, in der Kultur und in der Wissenschaft. Auch deshalb ist uns in der Stadtverwaltung europapolitisches Engagement sehr wichtig. Und nicht zuletzt profitiert die Stadt von europäischen Fördermitteln. Allein zwischen 2010 und 2014 wurden Projekte mit rund 2,7 Millionen Euro durch die EU gefördert.

■ **Wofür gab es beispielsweise EU-Geld?**

Die Projekte sind völlig unterschiedlich. Oft geht es um die Förderung des Austauschs mit dem benachbarten Elsass und seinen Bürgerinnen und Bürgern. Gefördert wurde aber auch die Erforschung digitaler Medienkunst am ZKM, eine Albschleuse und die damit verbundene Verbesserung der Fischwanderung oder eine Gleissanierung auf der Kaiserstraße mit speziellen Fertigteilplatten. Daran lässt sich schon aufzeigen, dass Europa auch in einer solchen vielfältigen Weise auf eine Stadt wie Karlsruhe positiven Einfluss hat.



Dr. Frank Mentrup

Foto: jodo



„Es ist ein Glück, in Europa zu leben“

CAROLINE ROBERTSON-VON TROTHA: Vielfalt ist ein Vorteil

Die Vorteile der Europäischen Union werden von vielen Bürgern nicht wahrgenommen, glaubt ZAK-Direktorin Caroline Robertson-von Trotha. Für eine größere Akzeptanz müsse man diese deutlicher vermitteln, aber auch über die Schwächen der Gemeinschaft reden, erklärt sie im Gespräch mit Tobias Roth.

■ Frau Robertson, fühlen Sie sich als Europäerin?

Robertson: Aber ja! Ich bin eine in Schottland aufgewachsene deutsche Beamtin mit britischer Staatsangehörigkeit und einer Vorliebe für Andalusien. Wenn ich von Andalusien aus auf die afrikanische Küste schaue, wird mir immer wieder bewusst, welches Glück es ist, in Europa zu leben.

■ Was macht für Sie dieses Glück aus?

Vor allem Europas zentrale Werte wie die Meinungsfreiheit und demokratische Toleranz. Sie bieten eine Lebensgrundlage, die gar nicht hoch genug gewürdigt werden kann. Sie motivieren mich, eine aktive Europäerin zu sein. Und natürlich genieße ich die kulturelle Vielfalt Europas.

■ Warum fällt es vielen Bürgern schwer, sich mit Europa zu identifizieren?

Ich denke, das hat vor allem damit zu tun, dass die Vorteile der Europäischen Gemeinschaft wie etwa Mobilität, Rechtsstaatlichkeit und relative Sicherheit oftmals gar nicht gesehen werden. Sie wird nicht als Gewinn erlebt, oft eher als intransparente Bedrohung. Außerdem beobachten wir in vielen Ländern starke Renationalisierungstendenzen. In den ehemaligen Ostblockstaaten haben wir es mit relativ homogenen Staaten zu tun. Globale Kulturvielfalt ist nicht so präsent. In den südeuropäischen Ländern wiederum haben vor allem Jugendliche mit einer hohen Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit zu kämpfen. Da entsteht auch Konkurrenzdenken. Vor allem aber wird Europa verkürzt als zentralistischer Regelungsapparat gesehen. Es ist auch schwer, eine wirkliche europäische mediale Öffentlichkeit herzustellen, die jenseits von Krisenberichterstattung funktioniert.

■ Können Sie sich vorstellen, dass die Europäische Union scheitert?

Ich will mir das gar nicht vorstellen. Die Folgen wären in vielerlei Hinsicht katastrophal. Und gerade deshalb ist es nun unsere Aufgabe, dass wir verantwortlich mit der derzeit fraglos schwierigen Situation für die EU umgehen müssen. Wir erleben in der Politik eine Flucht in nationalstaatliches Denken und eine starke Polarisierung. Das ist sicherlich bedenklich. Ich hoffe die EU findet die Kraft, wieder zu ihren Grundideen zurückzufinden, nämlich den gemeinsamen Werten einer Solidargemeinschaft, die ein großartiges Friedens- und Wohlstandsprojekt für einen ganzen Kontinent geworden ist.

■ Was muss sich ändern, um die EU wieder auf Kurs zu bringen?

Die Vorteile der EU, die oft nicht gesehen werden, weil sie inzwischen für selbstverständlich gehalten werden, müssen deutlich besser vermittelt werden. In der Wissenschaft sprechen wir von der Notwendigkeit eines starken europäischen Narrativs. Was ist Europa, wofür steht es und wozu ist es gut? Das gilt es, deutlich zu machen. Das heißt aber auch, über die offensichtlichen Schwächen und unterschiedlichen Vorstellungen zu reden. Praktisch müssen wir auch fragen, wie und auf welcher Ebene welche Entscheidungen getroffen werden sollten? Wie viel Abweichung ist möglich? Wir müssen besser zuhören und Kompromisse eingehen. Und natürlich gehört auch dazu, dass vereinbarte Regelungen eingehalten werden. Das hat letztlich auch mit Glaubwürdigkeit zu tun.

■ Wann und warum haben Sie sich für das Thema der 20. Karlsruher Gespräche entschieden?

Das Thema schwirrt mir schon länger durch den Kopf. Schon im Vorfeld der Europawahlen 2014 habe ich überlegt, ob die Gefährdung der Europäischen Gemeinschaft durch die Dauerkrisenstimmung das Thema für die Karlsruher Gespräche sein sollte. Endgültig habe ich mich aber erst entschieden, als ich mit einer Gruppe internationaler Studierender im vergangenen Sommer eine Plenarsitzung des neu zusammengesetzten Europäischen Parlaments in Straßburg besucht habe. Die nationalistische und Europa-skeptische UKIP hatte die meisten britischen Sitze gewonnen. Im Parlament war das unübersehbar. Denn auf ihren Plätzen haben die Abgeordneten Nationalfähnchen aufgestellt. Das fand ich sehr bedauerlich und eigentlich nicht hinnehmbar. Da müssen alle Alarmglocken läuten.

■ Inwiefern profitieren Sie am ZAK von europäischer Zusammenarbeit?

Zunächst natürlich profitieren wir als Teil des KIT, das sehr stark in der Forschung in Europa vernetzt ist. Ich bin in mehreren internationalen und europäischen Gremien und Kuratorien und treffe auf sehr unterschiedliche Experten aus Wissenschaft und Praxis. Das ist nicht nur für mich persönlich eine Bereicherung, sondern auch für die wissenschaftliche Arbeit. Netzwerke sind wichtig. Am ZAK koordinieren wir beispielsweise das deutsche Netzwerk der Anna Lindh Stiftung gemeinsam mit dem Goethe-Institut. Alle 28 EU-Mitgliedsstaaten und die Mena-Staaten, also der Nahe Osten und Nordafrika, sind vertreten. Wir sind ein sehr heterogenes zivilgesellschaftlich organisiertes Netzwerk, jeweils den Außenministerien zugeordnet und zum größten Teil von der EU finanziert. Unser Auftrag ist die Förderung der Verständigung der Kulturen.



Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha



- **Türkei auf der Suche nach sich selbst**
Ece Temelkuran (Türkei), Juristin, Journalistin und Schriftstellerin
- **Dschihad Reloaded – extremistische Propaganda: eine lang unterschätzte Gefahr**
Dr. Asiem El Difraoui (Frankreich/Deutschland), Politologe, Dokumentarfilm- und Buchautor
- **Der PEGIDA-Komplex: berechnete Sorgen, Rassismus und die Mitte der Gesellschaft**
Frank Richter (Deutschland), Direktor der sächsischen Landeszentrale für politische Bildung
- **Europäischer Frühling: Warum unsere Wirtschaft und Politik aus den Fugen ist – und wie man sie wieder einrenkt**
Philippe Legrain (Großbritannien), Senior Visiting Fellow des European Institute, London, School of Economics; Gründer von OPEN: the Open, Political Economy Network; Autor und Kommentator

ARTE-FILMNACHT | 19.00 Uhr

Filmtheater Schauburg Karlsruhe, Marienstraße 16

Präsentation von Dokumentar- und Spielfilmen in Kooperation mit ARTE und dem Filmtheater Schauburg Karlsruhe. Eintritt frei.

Sonntag, 21. Februar 2016

Matinee/Podiumsdiskussion Europa: Eine gefährdete Solidargemeinschaft?

Saal Baden der Industrie- und Handelskammer Karlsruhe, Lammstraße 13–17

GRUSSWORT | 11.00 Uhr

- **Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha**, Direktorin des ZAK | Zentrum für Angewandte Kulturwissenschaft und Studium Generale, KIT
- **Markus Brock**; Moderator, SWR und 3sat
- **Hatem Atallah** (Tunesien/Ägypten), Geschäftsführender Direktor der Anna Lindh Stiftung, ehem. tunesischer Botschafter in Großbritannien
- **Lisa Bjurwald** (Schweden), Redakteurin und Autorin
- **Lajos Bokros** (Ungarn), Professor für Wirtschaft und Public Policy, Central European University Budapest; Vorsitzender des Movement for a Modern Hungary
- **Prof. Dr. Anthony Glees** (Großbritannien), Professor für Politikwissenschaft und Direktor des Centre for Security and Intelligence Studies, Universität von Buckingham

LESUNG | 15.00 Uhr

STUDIO, Badisches Staatstheater Karlsruhe, Baumeisterstraße 11

■ Aris Fioretos – Der letzte Grieche

TALK IM THEATER | 19.00 Uhr

STUDIO, Badisches Staatstheater Karlsruhe, Baumeisterstraße 11

■ Wir sind Europa!

Impulsstatements mit anschließender Diskussion; **Fadumo Korn** (Deutschland/Somalia), Autorin, 1. Vorstandsvorsitzende von NALA e.V.; **Sajjad Ali** (Deutschland/Pakistan), Schüler am UWC Robert Bosch College, Freiburg sowie Vertretern der Hochschulgruppe Enactus KIT e.V., der Kiron University Berlin und der EXIT-Deutschland Initiative – Eintritt frei, Anmeldung erforderlich: www.zak.kit.edu.

London ruft zur Geisterstunde

„BREXIT“: Großbritannien ist in der EU ein Sonderfall

Es geht ein Gespenst um in Brüssel. Und das heißt „Brexit“. Ein Austritt Großbritanniens aus der europäischen Gemeinschaft wäre ein fatales Signal für den Zusammenhalt des Bündnisses. Nicht wenige glauben, dass es sogar der Anfang vom Ende der Europäischen Union (EU) sein könnte. Wahrscheinlich schon im Juni will der britische Premier David Cameron seine Bürger per Referendum darüber abstimmen lassen, ob „Great Britain“ sich endgültig löst. Was das genau für Folgen für sein Land haben wird, darüber gehen die Meinungen weit auseinander. Sicher ist, dass die Briten der EU mit tiefer Skepsis begegnen. Neu ist das allerdings nicht.

Großbritannien ist und war in Europa schon immer ein Sonderfall, und das nicht nur, weil man auf der Insel mit Pfund statt Euro bezahlt. „Europe“, das ist für die Briten das Festland, sie selbst stehen außen vor, als privilegierter Partner. Das ist das Selbstverständnis der Briten und der Londoner Politik. Cameron selbst gilt zwar als gemäßigter Pro-Europäer, könnte aber als erster Regierungschef in die Geschichte eingehen, der sein Land aus der EU führt. Seine Beziehung zu Brüssel ist nicht emotional, sondern pragmatisch und geprägt von Misstrauen. Damit steht er in guter Tradition britischer Regierungschefs.

Margaret Thatcher hat 1984 den wohl berühmtesten Satz formuliert, der das Verhältnis zwischen London und der europäischen Politik beschreibt: „I want my money back“ (Ich will mein Geld zurück). Die Eiserne Lady handelte damit den sogenannten Briten-Rabatt aus; Großbritannien zahlte fortan weniger in den

europäischen Topf ein, als es eigentlich müsste. Sechs Jahre später beschließen die Länder der Europäischen Gemeinschaft (EG) mit dem Schengen-Abkommen das Ende der Passkontrollen an den Binnengrenzen, Großbritannien allerdings ist nicht dabei. Anfang der 90er stößt Premier John Major mit seinem europafreundlichen Kurs bei den eigenen Konservativen auf große Widerstände. Als es darum geht, ein europäisches Währungssystem zu schaffen, bleibt Großbritannien außen vor.

Die Eiserne Lady will ihr Geld zurück

Die Finanzen waren stets ein Knackpunkt. Auch in der aktuellen „Brexit“-Debatte, die sich vor allem um die Ausgaben für Sozialleistungen dreht. Großbritannien will EU-Bürgern den Zugang zu finanziellen Hilfen vom Staat einschränken. Das allerdings würde das EU-Recht brechen, weshalb man sich nun eine „Notbremse“ hat einfallen lassen. Demnach kann ein Land die Leistungen aussetzen, wenn es nachweist, dass seine Sozialsysteme überlastet sind. Kaum war dieser Kompromiss auf dem Tisch, jubelte Cameron über den „Durchbruch“. EU-Ratspräsident Donald Tusk musste den vorschnellen Briten einfangen und klarstellen, dass noch nichts beschlossen sei. Eine derartige Regelung müssten ohnehin alle EU-Staaten absegnen, das kann London nicht im Alleingang mit Brüssel aushandeln.

Das weiß im Grunde auch Cameron. Sein vorschneller Jubel zeigt einmal mehr, dass die Verhandlungen mit der EU für ihn vor allem innenpolitische Bedeutung haben. Es geht ihm nicht um ein besseres Europa, es geht ihm darum, die EU-Skeptiker zu besänftigen, die der United Kingdom Independent Party (UKIP) zu sensationellen Wahlerfolgen verholfen hat-

ten. Hauptziel von UKIP ist der Austritt aus der EU. Cameron spielt die Rolle des harten Hunds, der seine Forderungen durchdrückt. „Es war ein schwerer Kampf, aber ich bin der Sieger“ – das ist die Botschaft, die bei seinen Landsleuten ankommen soll.

Rechtlich möglich wäre ein Austritt Großbritanniens durchaus. Artikel 50 des Vertrags von Lissabon stellt klar: „Jeder Mitgliedstaat kann im Einklang mit seinen verfassungsrechtlichen Vorschriften beschließen, aus der Union auszutreten.“ Was für Auswirkungen ein „Brexit“ für das Vereinigte Königreich haben könnte, da gehen die Meinungen auseinander. Es gibt bereits eine Vielzahl von Untersuchungen und Studien, die zu ganz unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Auch innerhalb der britischen Wirtschaft ist man sich nicht einig, ob es mehr Vorteile oder Nachteile haben wird, wenn man die Gemeinschaft verlässt. Die Kosten-Nutzen-Rechnungen, die Großbritannien seit Jahrzehnten immer wieder anstellt, sollen die Frage beantworten, ob sich eine Mitgliedschaft im europäischen Club überhaupt lohnt.

Sorgen macht man sich in Brüssel auch um die Signale, die vom Ringen mit den Briten ausgehen und die auch in anderen Ländern Begehrlichkeiten wecken könnten. In Ungarn oder Polen sind Regierungen an der Macht, die genau hinsehen werden, wie weit die EU den Briten entgegenkommt und die darauf warten, dass Europas Politik Schwächen zeigt. In der EU sorgt man sich deshalb vor allem auch um den Dominoeffekt. „Ein Brexit könnte nach sich ziehen, dass sich Schottland von Großbritannien abspaltet, was Wasser auf die Mühlen der Katalanen wäre, die sich von Spanien trennen wollen – was die EU noch weiter zerfasern würde“, sagt Philippe Legrain, einst Berater des EU-Kommissionspräsidenten José

Manuel Barroso, und am Samstag, 20. Februar, als Redner bei den Karlsruher Gesprächen zu Gast.

Bei Referendum droht der GAU

David Camerons größtes Problem ist: Was auch immer letztlich in Brüssel verhandelt und beim anstehenden EU-Gipfel von den Staats- und Regierungschefs beschlossen wird, das letzte Wort beim „Brexit“ haben die britischen Bürger. Der GAU, der größte anzunehmende Unfall, wäre es, wenn der Premier beim Volk für den Verbleib in der Gemeinschaft wirbt und die Mehrheit dennoch für den Austritt stimmt. Undenkbar ist das nicht. Der Geist ist jedenfalls aus der Flasche. In Brüssel versucht man derzeit, dem Schreckgespenst auch mit etwas Humor zu begegnen. Wenn die Briten austreten, witzeln EU-Diplomaten, dann nehmen wir wenigstens die Schotten auf.

Tobias Roth



Schwierige Partnerschaft: Der britische Premier Cameron (links) und EU-Kommissionspräsident Juncker Foto: Jennifer Shimera



Fotos (2): fotomek/fotolia.com



Die derzeitigen nationalistischen Bestrebungen ergeben sich vor allem aus der Legitimationskrise der EU sowie aus der Krise der spezifischen Varianten des Kapitalismus in Südeuropa und Mitteleuropa.

Prof. Dr. Ireneusz Karolewski ist seit 2009 Professor für Politikwissenschaft am Willy Brandt Zentrum für Deutschland- und Europastudien der Universität Wrocław und seit 2008 Privatdozent für Politikwissenschaft an der Universität Potsdam.

Eine Krise mit Ansage

FLÜCHTLINGE: Europa ringt seit Jahrzehnten um eine gemeinsame Asylpolitik

Als Lampedusa noch eine unbekannte Insel war, hätte man schon ahnen können, was auf Europa zukommen wird. 2003 erreichten 8 000 Flüchtlinge das Eiland zwischen Sizilien und Tunesien. Ein Jahr später waren es schon 14 000 und 2005 dann 20 000 Menschen, die in Booten von Nordafrika aus über das Mittelmeer in Richtung Europa gekommen waren und auf Lampedusa landeten. Die Entwicklung war eindeutig. Aber Lampedusa sollte erst acht Jahre später plötzlich in den Blickpunkt der Öffentlichkeit und der europäischen Politik rücken.

Im Oktober 2013 sank ein völlig überladener Fischkutter auf dem Weg nach Europa, etwa 400 Menschen ertranken im Mittelmeer. Diese Tragödie hat die Insel zum symbolischen Ort für eine menschliche Katastrophe und eine gescheiterte EU-Flüchtlingspolitik werden lassen.

Dublin-Regeln sind nicht mehr zu halten

Überraschend ist die europäische Flüchtlingskrise also nicht gekommen, vielmehr ist es eine Krise mit Ansage. Umso erstaunlicher ist es, wie konzeptlos Europa dieser Herausforderung begegnet ist. Viel zu lange setzte man auf Abschottung und hoffte, das Problem werde sich irgendwie erledigen. Dabei war eigentlich klar, dass die sogenannten Dublin-Verordnungen nicht taugen, um den massenhaften Zustrom in geordnete Bahnen zu lenken. Der Vereinbarung zufolge ist das Land für Erstaufnahme, Registrierung und Durchführung eines Asylverfahrens zuständig, in das der Flüchtling in die EU einreist. Viele Länder kommen da nicht infrage: Die Last tragen Malta, Griechenland, Spanien und Italien.

Seit Jahrzehnten schon streitet Europa über eine gemeinsame Mi-



Sehnsuchtsort Europa: Im vergangenen Jahr versuchten mehr als eine Million Menschen über das Mittelmeer in die EU zu kommen.

Foto: Cristof Echard



Festung Europa: Höhe und Länge der Grenzzäune und die Zahl der Zurückweisungen steigen.

Foto: Schroeder

grations- und Asylpolitik. Endgültig überfällig wäre sie allerdings gewesen, als 1995 der Wegfall der EU-Binnengrenzen beschlossen wurde. Doch einig ist man sich nie geworden. Noch 2013 lehnte Deutschland die Forderungen aus Brüssel ab, die Dublin-Verordnung durch ein Solidaritätsprinzip zu ergänzen. Zwei Jahre später schließlich ist diese Politik nicht mehr zu halten. Die meisten Flüchtlinge kommen nicht mehr über das Mittelmeer, sondern über die Türkei und die Balkanroute nach Europa. Zehntausende sind auf dem Weg, campieren im Freien, stehen an Grenzen – die Bilder gehen um die Welt.

Im September des vergangenen Jahres verkündet Kanzlerin Angela Merkel, dass Flüchtlinge aus Ungarn einreisen dürfen. Es ist ein historischer Schritt, sie setzt die Dublin-Verordnung, die ohnehin nicht mehr funktioniert, außer Kraft. Merkels Entscheidung ist allerdings weniger ein Akt der Menschlichkeit, sondern vielmehr die Einsicht, dass die europäische Flüchtlingspolitik gescheitert ist. Nun, wo nicht mehr nur Lampedusa die Auswirkungen der Flüchtlingsbewegungen zu spüren bekommt, sondern auch Deutschland, steht eine „europäische Lösung“ ganz oben auf der Agenda.

Tobias Roth



Je weniger an eine starke europäische Identität und an eine kraftvolle Union geglaubt wird, desto stärker lehnt man sich – enttäuscht – wieder an seine „kleine“ eigene angestammte Identität an.

Prof. Dr. Johannes W. Pichler, Professor em. für Europäische Rechtsentwicklung, Universität Graz; Direktor des Österreichischen Instituts für Europäische Rechtspolitik, Wien.

DIALOG UND VIELFALT

Was ist eigentlich das ZAK?

Offenheit und Vielfalt – dafür steht am KIT das ZAK mit seinen drei Kernaufgaben: Forschung, Lehre und Öffentliche Wissenschaft. Das ZAK | Zentrum für Angewandte Kulturwissenschaft und Studium Generale bietet Studierenden aller Fakultäten fachübergreifende Zusatz- und Schlüsselqualifikationen an. Um die Öffentlichkeit in die Lehre und Forschung mit einzubeziehen, regen Ver-

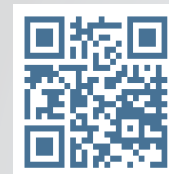
anstaltungen im Rahmen der Öffentlichen Wissenschaft – wie die Karlsruher Gespräche – den Dialog zwischen Wissenschaft und der Bürgerschaft an und überwinden wechselseitige Hemmschwellen. Erkenntnisse der Öffentlichen Wissenschaft stellen den Bezug her zu Forschungsprojekten am KIT oder am ZAK. Ausgangspunkte sind immer wieder aktuelle Problemlagen und Erkenntnisse, um so neue Perspektiven eröffnen zu können.



www.karlsruhe.ihk.de

STARK FÜR DIE REGION – OFFEN FÜR EUROPA

WIRTSCHAFT DIGITAL
GRENZENLOS. CHANCENREICH.



Um ein großes Dilemma der Europäischen Union zu erklären, ist die berühmte Glühbirne ein gutes Beispiel. Als Peer Steinbrück 2013 Kanzlerkandidat der SPD war, wettete er bei einem Wahlkampfauftritt in Karlsruhe gegen die „unerträgliche Regelungswut“ der EU. Man müsse Brüssel davon abbringen, alles bis ins Detail bestimmen zu wollen, rief Steinbrück, und erzählte die schöne Geschichte, dass er in seinem Keller hundert spezielle französische Glühbirnen gebunkert hat, weil es die dank der EU nämlich bald nicht mehr zu kaufen gibt. Steinbrück erntete kräftigen Applaus. Kein Wunder, denn das Thema ist ein Klassiker. Bis heute steht das sogenannte Glühbirnenverbot für den angeblichen Regulierungswahn der Brüsseler Bürokraten, die sich am Schreibtisch etwas einfallen lassen, das dann Auswirkungen für jedes Wohnzimmer dieser Republik hat.

Peer Steinbrück hätte es eigentlich besser wissen müssen. Denn die Glühbirnenverordnung ist keine Idee der EU gewesen. Es war Steinbrücks Parteifreund Sigmar Gabriel, der einst einen Brief nach Brüssel geschickt hatte, mit der Bitte zu prüfen, ob man in Sachen Glühbirne eine europäische Initiative starten könne. Gabriel war damals Bundes-

Brüsseler Prügelknaben

DIE EU HAT EIN PROBLEM: Sie ist unbeliebt und unterschätzt – ganz unschuldig ist sie daran nicht



Die EU-Kommission hat 28 Mitglieder, aus jedem EU-Staat sitzt ein Vertreter am Tisch.

Foto: Georges Boulougouris

umweltminister und die Energieeffizienz lag ihm ganz besonders am Herzen. Mit seinem Vorschlag rannte Gabriel bei der EU offene Türen ein – und so nahm die EG-Verordnung 244/2009 ihren Lauf.

Die Geschichte mit der Glühbirne ist kein Einzelfall. Es gibt noch weitere Beispiele, die ähnlich gelagert sind, zum Beispiel die Gemüse-Verordnung, die den Krümmungsgrad von Gurken festlegt, die Verordnung über die Rutschfestigkeit von Fußböden in Friseursalons oder die Verordnung über die Leistungsstärke von Staubsaugern. Die Vorschläge dafür kamen ursprünglich nicht aus Brüssel, den Ärger darüber hat man dann aber dort abgeladen. Die EU ist zum Prügelknaben geworden.

Warum ist der Ruf der europäischen Politik so mies? Und woher kommt vor allem in Deutschland das schlechte Bild? Schon die Einführung des Euro ist hierzulande mit viel Skepsis begleitet worden. Das neue Zahlungsmittel war schnell der „Teuro“. Und das nicht ganz zu unrecht. Denn einiges wurde wirklich von einem auf den anderen Tag teurer, die Pizza beim Lieblingsitaliener zum Beispiel. In Frankreich und den Niederlanden war es gesetzlich verboten, die Währungsumstellung für eine Preisanhebung zu nutzen. In Deutschland setzte man auf eine Selbstverpflichtung des Handels, die mal mehr, mal weniger gut funktionierte. Das Verhältnis der Deutschen zum Euro ist nie eine Liebesbeziehung

geworden. Inzwischen ist die Gemeinschaftswährung in 19 Mitgliedsstaaten Zahlungsmittel. Doch die Deutschen horten noch Milliarden D-Mark zu Hause – als ob man die Münzen und Scheine noch mal brauchen könnte. Das einzig Positive am Euro sehen viele darin, dass man auf Mallorca oder an der Côte d'Azur keine Peseten oder Franc mehr tauschen muss.

Ein echtes Problem für die Akzeptanz der EU ist, dass sie vor allem dann wahrgenommen wird, wenn es um schlechte Nachrichten geht. Wenn es Erfolge zu vermelden gibt, treten die Regierungsmitglieder der einzelnen Staaten in den Vordergrund. In der (nach wie vor ungelösten) Ukraine-Krise waren das zum Beispiel Deutschland und Frankreich mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier, dem französischen Präsidenten François Hollande und seinem Außenminister Laurent Fabius. Die Griechenlandkrise spitzte sich letztlich auf das Duell zwischen Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble und seinem griechischen Gegenspieler Yanis Varoufakis zu. Und am Ende ließen sich Hollande und der italienische Ministerpräsident Matteo Renzi dafür feiern, dass sie Schäuble ausgebremst hatten, der Athen zum „Grexit“ drängen wollte. Wenn es knifflig wird, stehen Europas Politiker in der zweiten Reihe. Dann übernehmen die nationalen Regierungen.

Aber die EU ist auch nicht ganz unschuldig an der misslichen Lage. Sie agierte äußerst unglücklich beim Thema TTIP und unterschätzte lange den Protest vor allem der deutschen Bevölkerung. Sie verhandelte unvorsichtig mit der Ukraine, als man jegliche russische Bedenken beiseite wischte. Und sie machte sich unglaubwürdig, etwa bei den Maas-tricht-Kriterien, die schon zu oft von zu vielen Ländern gebrochen wurden, als dass man die Vorgaben wirklich ernst nehmen könnte. Dass Brüssel oft machtlos wirkt, hat aber auch mit den politischen Strukturen zu tun. Da ist nicht zuletzt Polen ein aktuelles Beispiel. Zwar leitete die EU-Kommission nach den umstrittenen Reformen der neu gewählten polnischen Regierung ein Verfahren zur Überprüfung der Rechtsstaatlichkeit ein, der zum Beispiel vom deutschen EU-Kommissar Günther Oettinger androhte Entzug des Stimmrechts aber ließ sie sich nur per Zustimmung aller Mitgliedsstaaten durchsetzen. Und Ungarn machte früh klar, dass man da nicht mitziehen werde.

Damit wird so ein Verfahren schnell zum Papiertiger. Das strukturelle Problem lässt sich auch gut an einem berühmten Satz ablesen: „Welche Nummer wähle ich, wenn ich Europa anrufen will?“, soll der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger einmal gefragt haben. Das war in den 70er Jahren. Doch eine klare Antwort darauf gibt es auch heute noch nicht. Vielleicht braucht Europa aber gar keine eigene Telefonnummer. Es würde vielleicht schon reichen, wenn alle Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union sich auf eine Telefonnummer einigen könnten.

Tobias Roth



Die Karlsruher Gespräche sind ein wichtiges Forum am Anfang des Jahres, durch das sich die Augen öffnen für die Welt. Auch bei den Stadtgesprächen während des Festival-sommers zum Stadtgeburtstag zeigte sich die große Bereitschaft der Karlsruher Bürgerinnen und Bürger, sich an solchen Diskussionen zu beteiligen. Es geht vor allem darum, Informationen aufzunehmen, Verständnis zu schaffen für die Komplexität mancher heutiger Herausforderungen und bereits dadurch Verantwortung zu übernehmen. Das ist vielleicht manchmal anstrengend, es befähigt die Menschen aber, Entwicklungen kritisch zu hinterfragen und macht sie klüger und freier.

Dr. Frank Mentrup, Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe



To date the EU is not a German empire, but without fundamental reform in Europe and in Germany it could easily end up that way.

Prof. Dr. Anthony Glees leitet an der University of Buckingham das Centre for Security and Intelligence Studies (BUCSIS). Er befasst sich mit Sicherheits- und Geheimdienstfragen sowie mit Fragen zu Terrorismus und Islamismus und deren Bekämpfung. Darüber hinaus ist er Spezialist für Zeitgeschichte Deutschlands.

Viel Geld und zwölf Sterne

EU-MYTHEN IM FAKTENCHECK:

Fünf Thesen und was dahinter steckt

Europa ist teuer, ein Bürokratiemonster und hat nichts zu sagen? Es gibt viele Vorurteile über die europäische Politik, nicht alles ist falsch, aber vieles ist schlichtweg ein Mythos. Zehn Aussagen im Faktencheck:

■ Die EU kostet viel zu viel!

Das könnte man schnell meinen, wenn man diese Zahl hört: Auf 999,59 Milliarden Euro, knapp eine Billion, beläuft sich der EU-Finanzrahmen für die Jahre 2014 bis 2020. Doch so einfach ist es nicht, das machen Vergleiche deutlich. 2013 betrug der EU-Haushalt rund 150 Milliarden Euro, die nationalen Haushalte der Mitgliedsstaaten gaben hingegen mehr als 6 400 Milliarden Euro aus, also mehr als 40-mal so viel. Der EU-Haushalt beträgt grundsätzlich nicht mehr als ein Prozent des in der EU produzierten Vermögens. Jeder EU-Bürger musste 2013 rein rechnerisch pro Kopf 283 Euro zum Haushalt beitragen, also weniger als einen Euro pro Tag. Im Gegensatz zu nationalen Haushalten ist der EU-Haushalt im-

mer ausgeglichen, es gibt also kein Defizit und keine Verschuldung.

■ Die Verwaltungsausgaben fressen den EU-Haushalt auf!

Das ist schlichtweg falsch. Die Verwaltungsausgaben der EU machen weniger als sechs Prozent des EU-Haushaltes aus; davon entfallen etwa drei Prozent auf Löhne und Gehälter.

■ Die EU finanziert fragwürdige Projekte und verschwendet Geld!

Die Kommission betont, man achte gewissenhaft darauf, dass die Mittel gezielt und sinnvoll eingesetzt werden. Das ist schön, aber nicht immer richtig. Es gibt durchaus geförderte Projekte, die völlig nutzlos sind. Der Europäische Rechnungshof kontrolliert jährlich die Ausgaben und findet immer wieder Fälle von Geldverschwendung oder zu unrecht gezahlte Beihilfen. Wird ein Fehler festgestellt, müssen die Beträge zurückgezahlt werden. Zu recht umstritten sind die Ausgaben für die Pendelei der Parlamentarier zwischen Brüssel und Straßburg, die jedes Jahr etwa 180 Millionen Euro kostet.

■ Bei der EU arbeiten nur ausgehende Politiker!

Richtig ist, dass die Abgeordneten im Europaparlament im Schnitt etwas älter sind als beispielsweise ihre Kollegen im Bundestag. Und richtig ist auch, dass es viele Politiker gibt, die nach ihrer Karriere im Heimatland nach Brüssel gewechselt sind. Aber es gibt inzwischen viele junge, aufstrebende Kräfte im Parlament und der Kommission. Die europäische Politik wird immer mehr zum Karrieresprungbrett. Dänemarks ehemalige Ministerpräsidentin Helle Thorning-Schmidt



Die EU gilt als zu teuer, doch ihr Budget ist im Vergleich recht schmal. Foto: Johanna Leguerre

hatte es zum Beispiel von der EU-Abgeordneten an die Spitze der nationalen Regierung geschafft. Die europäischen Grünen gingen mit der 32-jährigen Ska Keller in die Europawahlen.

■ Die zwölf Sterne auf der europäischen Flagge stehen für die zwölf Gründungsstaaten!

Dieser Irrglaube hält sich hartnäckig. Fakt ist: Der Europarat hat die Flagge 1955 eingeführt und bestand

damals aus elf Staaten. Die Europäische Gemeinschaft (EG), 1957 von sechs Staaten gegründet, übernahm die Flagge 1986. Rein zufällig hatte die EG damals zwölf Mitglieder. Die Anzahl der Sterne wurde einst deshalb gewählt, weil zwölf eine symbolhafte Zahl ist: Das Jahr hat zwölf Monate, die Uhr zwölf Stunden, es gibt zwölf Tierkreiszeichen und Jesus hatte zwölf Jünger.

Tobias Roth



Foto: Mehmet Turgut

*Europe at the moment reminds me of the poem from Lu-
cebert though: „All things of value are defenseless.“*

Ece Temelkuran, geboren 1973 in Izmir, ist eine der bekanntesten Schriftstellerinnen und politischen Kommentatorinnen der Türkei.

WIR SIND EUROPA!

Talk im Theater: Statements und Diskussion

Europa, das sind auch unendlich viele persönliche Geschichten. Geschichten, die zeigen, dass es beides gibt: eine wirksame Solidargemeinschaft, aber auch eine von eigennützigen Motiven geprägte Interessenwahrnehmung. Am 21. Februar um 19 Uhr kommen im STUDIO des Badischen Staatstheaters Karlsruhe beim „Talk im Theater“ unter anderem von den europäischen Werten überzeugte Migranten zu Wort, um ihre persönliche Geschichte in Europa zu erzäh-

len und um über Integration, Engagement und Zukunftschancen zu diskutieren. Unter ihnen etwa die Somalierin Fadumo Korn, die seit über dreißig Jahren in Deutschland wohnt und sich für asylsuchende Afrikaner einsetzt. Auch Vertreter der Kiron University für Flüchtlinge in Berlin und der Hochschulgruppe Enactus KIT e.V. sind vertreten. Ebenso kommt ein ehemaliger Neonazi zu Wort, der heute ein überzeugter Demokrat und Europäer ist. Der Eintritt ist frei; Anmeldung erforderlich unter www.zak.kit.edu.

Wir sprechen nicht nur
über Musik,
wir machen sie auch.



Hochschule für Musik Karlsruhe | University of Music
CampusOne – Schloss Gottesaue

Am Schloss Gottesaue 7 • 76131 Karlsruhe • www.hfm.eu

K o n z e r t e
M u s i k
T h e a t e r
V o r t r ä g e
S y m p o s i e n
G e s p r ä c h e
K u r s e
W e t t b e w e r b e



»**WIR** zahlen
0€ fürs Girokonto.«



Jetzt mobil
eröffnen
mit Smartphone
www.sparda-bw.de/girokonto



Gemeinsam mehr als eine Bank

SpardaGirokonto

Das gebührenfreie* Girokonto mit Mobile Banking App.

Das SpardaGirokonto kostet 0,-€ Gebühren* und bietet Ihnen viele Extras, für die Sie nichts bezahlen! Wechseln Sie jetzt zur Sparda-Bank ganz einfach und bequem innerhalb weniger Minuten im Internet, per Smartphone oder in der Filiale und nutzen Sie unseren kostenlosen Kontoumzugsservice!



www.sparda-bw.de

Sparda-Bank

*Für Mitglieder bei Eingang regelmäßiger Bezüge.